

von Guangdong, Huang Huahua. Nur 18 Monate vergingen von der Konzeption bis zur Grundsteinlegung. Die Industriezone ist eine Premiere für das nur 25 qm große Macau, das durch die Zusammenarbeit mit anderen Regionen seine Wirtschaft zu diversifizieren sucht, wobei es sich die Vergünstigungen, die das im Oktober abgeschlossene CEPA einräumt, zunutze macht. Sie könnte auch als Modell für eine ähnliche Zone, die einmal zwischen Hongkong und Shenzhen errichtet werden könnte, dienen. Das grenzüberschreitende Industriegebiet soll wie ein Zollfrei-gebiet verwaltet werden und sich der Vorteile billiger Arbeitskräfte vom Festland und des erleichterten Handelszugangs Macaus zum Festland als auch Macaus Beziehungen zu den traditionellen Märkten in Amerika und Europa erfreuen, um Markenprodukte bei Textilien und Bekleidung hauptsächlich für den Export zu entwickeln. Macau muss auf diese Industriezweige, die 83% von Macaus Exportwert ausmachen, achten. Am 1. Januar 2005 entfallen nämlich im Rahmen der Liberalisierungsbemühungen des globalen Handels durch die WTO die günstigen Handelsquoten auf Produkte aus Textilfasern, die Macau unter einem globalen Handelsabkommen von 1995 eingeräumt worden waren. Damit die Arbeiter Macaus nicht gegenüber ihren Festlandskollegen das Nachsehen haben, wird im Moment noch über das Verhältnis SVRM-Arbeiter und Festlandarbeiter diskutiert. Der monatliche Durchschnittslohn eines Arbeiters in Macau liegt bei etwa 4.000 MPt€, mindestens das Vierfache vom Lohn auf dem Festland. Denkbar wäre ein Verhältnis von 1:4, was bedeutet, dass ein Unternehmer für einen SVR-Arbeiter vier Festlandarbeiter einstellen könnte. Aus Macaus Ministerium für Wirtschaft und Finanzen verlautbarte, dass schon Anfragen von ausländischen Produzenten vorlägen. Die Zone wird auf 40 ha urbar gemachten Landes zwischen Macaus nördlichen Bezirk Ilha Verde und Zhuhais Hafen Wanzai angelegt, 11 ha in Macau und 29 ha in Zhuhai. Die Verwaltung der Industriezone gilt auch als Versuchsbahn für die künftige gemeinsame Erschließung der zu Zhuhai gehörenden Insel Hengqin, die dreimal so groß wie Macau ist.

Der Handel zwischen Macau und Zhuhai, der Macau nächstgelegenen Stadt auf dem chinesischen Festland, die auch eine der fünf Sonderwirtschaftszonen beherbergt, wächst stetig. Im Jahr 2003 war ein 15,8%iges Wachstum zu verzeichnen. Der Handel stieg von 230 Mio. US\$ im Jahr 1999 auf 310 Mio. US\$ im Jahr 2002. In den ersten elf Monaten 2003 erreichte das Handelsvolumen 350 Mio. US\$, ein Zuwachs um 24,9% gegenüber dem Vergleichszeitraum 2002.

Eine Gemeinsame Konferenz von Guangdong und Macau mit über 40 hochrangigen Beamten einigte sich am 9. Dezember im Beisein von Edmund Ho und Huang Huahua auf eine strategische Zusammenarbeit in sechs Hauptbereichen mit dem langfristigen Ziel, das Perlfuss-Delta (Guangdong, Hongkong und Macau) in eine der dynamischsten Wirtschaftszonen der Welt zu verwandeln. Die sechs Bereiche sind: Dienstleistungsindustrie, die grenzüberschreitende Exportverarbeitungszone Zhuhai-Macau, Untersuchung der Entwicklung der Insel Hengqin, grenzüberschreitende Transportinfrastruktur, Tourismusindustrie und Kontrollpunkte (Häfen etc.). Auf der Konferenz einigte man sich auch auf die Einrichtung regelmäßiger bilateraler Treffen. Mit der schnellen wirtschaftlichen Integration der Perlfuss-Delta-Region würden die bilateralen Beziehungen Guangdong-Macau in eine neue Ära treten, so Huang Huahua, der wegen seines wirtschaftlichen Spürsinns auch „Guangdongs CEO“ genannt wird. Macau sei einer der zehn wichtigsten Handelspartner der südchinesischen Provinz geworden. Die Kooperation würde auf das Prinzip „vorausschauend, umfassend, praktisch und gegenseitig“ gestellt. Als Ergebnis der Zusammenarbeit ziele Guangdong darauf, in den kommenden 10 bis 20 Jahren eine der wichtigsten Basen der verarbeitenden Industrie auf der Welt zu werden, während Macau bestrebt sei, sich in das attraktivste Tourismus- und Glücksspielzentrum und eine Plattform für kommerzielle Dienstleistungen zu verwandeln. Hongkong spiele die Rolle des Finanzzentrums. Zur verstärkten Zusammenarbeit in der Region zählt auch der Ausbau des Verkehrsnetzes. Schnellstraßen, Fähren, Kleinbahnen und Brücken müssen verknüpft werden. Guangdong plant, sein Klein-

bahnnetz frühestens 2006 bis 2008 auf Zhuhai und Macau auszudehnen. Die Möglichkeit des Baus einer Kleinbahn in Macau soll weiter studiert werden, so Macaus Transportminister Ao Man Long. Die Hongkonger Mass Transit Railway Corporation hatte im Februar eine entsprechende Studie vorgelegt, die sie im Auftrag der Regierung der SVRM angefertigt hatte. Der Plan wurde dann aber zurückgestellt, weil die Zeit noch nicht reif für ein solch massives Infrastrukturprojekt sei. Nach Ao ist die Anknüpfung Macaus an die Schnellstraße Beijing-Zhuhai bestätigt. Ferner nehme Macau die Erweiterung des Flughafens in Angriff und treffe Vorbereitungen für den Bau der Hongkong-Macau-Zhuhai-Brücke, deren Durchführbarkeit zurzeit noch studiert werde. (RMRB, 4., 11., 20., 21.12.03; XNA, 2.-5., 8.-10., 16., 17., 19., 20., 22., 24.12.03, 6., 8.1.04; SCMP, 4., 12., 18., 19.12.03, 2.1.04; ST, 15.12.03; Macau Government Information Bureau website, www.gcs.gov.mo, 8., 9., 11., 17., 18., 20., 29.12.03, 1., 5.1.04) -ljk-

Taiwan

33 Präsident Chens Plan eines „defensiven Referendums“ belastet das Verhältnis zu den USA

Was die Regierung mit der verwässerten Fassung des Referendumsgesetzes anfangen sollte, das ihr die Opposition Ende November aufgetischt hatte, wusste sie anfangs nicht so recht: Das Gesetz nutzen? Es anfechten? Es durch ein Referendum wieder kippen oder aufwerten? (Vgl. C.a., 2003/11, Ü 29)

Alle Alternativen wurden hinfällig, als Präsident Chen Shui-bian die Chancen entdeckte, die seiner Ansicht nach im § 17 stecken. Der erlaubt ihm ein „defensives Referendum“ durchzuführen: Wird Taiwan von außen bedroht, sodass seine nationale Souveränität gefährdet ist, darf der Präsident das Volk in einem entsprechenden Plebiszit befragen. Ansonsten ist es der Exekutive bei Strafe verwehrt, Referenden anzuberaumen. Wann aber liegt eine solche Bedrohung vor? Anders als

die Gesetzgeber, die offenbar an eine akut bevorstehende Gefahr dachten, entschloss sich Chen, diese Gefahr schon jetzt als gegeben anzusehen: China rüstet gegen Taiwan auf – im Dezember waren innerhalb von 600 km Entfernung von Taiwan rund 500 gegen Taiwan gerichtete Mittelstreckenraketen stationiert – und ist nicht zu einem Gewaltverzicht bereit. Also ließe sich der § 17 – so Chen Shui-bians Idee – für eine Demonstration des Volkswillens nutzen: Zeitgleich mit der Präsidentenwahl im kommenden März solle das Volk in einem Plebiszit dagegen stimmen, bedroht zu werden. (ST, 2.12.03; TT, 30.11.03)

In Chen Shui-bians eigener Partei, der DPP, versuchten einige sogleich abzuwiegeln. So verwies Chiou I-jen (Qiu Yiren), ein enger Berater des Präsidenten, auf die Tatsache, dass über den Wortlaut der Referendumsfrage noch gar nicht entschieden sei und man dafür auch Meinungen aus der Öffentlichkeit einholen werde. Zudem sei Chen Shui-bian Jurist und werde seinen gesetzlichen Kompetenzrahmen nicht überschreiten. Ein Kabinettsprecher ergänzte, die Abstimmung werde unter der Voraussetzung durchgeführt, dass Taiwans Status unangetastet bleibt. (ST, 1.12.03) Auch Chen selbst versuchte bald darauf, die selbst geschaffene Lage zu entschärfen: Das „defensive Referendum“ ziele gerade darauf, Taiwans Status quo und den Frieden zu wahren, und habe keinen Bezug zur Frage „Unabhängigkeit oder Wiedervereinigung?“ (CNAT, nach BBC PF, 4.12.03) Der Hauptzweck der Veranstaltung bestehe darin, „die psychologische Verteidigung der Taiwaner zu stärken, denen ein Krisenbewusstsein fehle“. (ST, 5.12.03; TH, 5.12.03) Später sprach Chen von einem „präventiven“ statt einem „defensiven“ Referendum. (Im Gesetz kommt weder der eine noch der andere Ausdruck vor.) Es gehe darum, von China einen Abbau der Raketen und einen öffentlichen Gewaltverzicht zu fordern. (TT, 6.12., 8.12.03)

Heftiger Protest kam erwartungsgemäß von der Opposition, der vor allem die zeitliche Verquickung mit der Präsidentenwahl nicht behagt. Sie wittert darin einen Vorteil für Präsident Chen. (CNAT, nach BBC PF, 4.12.03) Lien Chan erklärte, es handele sich weder um ein defensives noch ein präven-

tives Referendum, sondern ein Stim-mungsreferendum – eins gemäß den wechselnden Stimmungen des Präsidenten, die sich zu einer schweren nationalen Krise ausweiteten.

Die Ankündigung einer taiwanischen Volksabstimmung über Chinas Raketen löste nicht nur in Beijing die üblichen Tiraden aus, sondern ließ auch in Washington Alarmglocken schrillen: Chen hatte sich beim Amtsantritt im Mai 2000 ausdrücklich verpflichtet, den Status quo nicht anzutasten und keine formelle Unabhängigkeit Taiwans zu erklären. Die avisier-te Volksabstimmung würde nun aber genau in diese Richtung zielen, ginge es schließlich darum, dass das taiwanische Volk gegenüber der drohenden äußeren Macht (hier: VR China) eine Souveränität bekräftigt, die ihm gemäß der allseits anerkannten Ein-China-Doktrin nicht zukommt. Die USA äußerten ihre Kritik zunächst nicht allzu offen. Berichte, wonach Bush von Beratern dazu gedrängt werde, seine Taiwanpolitik zu ändern oder diese sogar schon geändert habe, blieben zwar unbestätigt, wirkten aber nicht unplausibel: Bush werde, so hieß es, zur prochinesischen Linie Bill Clintons zurückkehren. Dann würde nicht mehr gelten, dass die USA eine taiwanische Unabhängigkeit nicht nur nicht unterstützen, sondern dass sie sie ablehnen. (TT, 4.12., 5.12.03) Chinesische Pressemeldungen, wonach die USA einen Besuch des taiwanischen stellvertretenden Verteidigungsministers Lin Chung-pin (Lin Zhongbin) beim Hauptquartier der Pazifikstreitkräfte sowie gemeinsame Computermanöver abgesagt hätten, wurden von anderer Seite allerdings nicht bestätigt. (RMRB, nach BBC PF, 6.12.03) Öffentlich wurde die US-Kritik am Kurs Chen Shui-bians dann am 9.12., als Chinas Premier Wen Jiabao Bush besuchte. Bush sagte: „Wir lehnen jede einseitige Entscheidung sowohl Chinas wie auch Taiwans zur Änderung des Status quo ab“, und speziell an die Adresse Taiwans gerichtet: „Die Äußerungen und Aktionen des taiwanischen Führers deuten darauf hin, dass er gewillt sein könnte, einseitige Entscheidungen zu treffen, den Status quo zu ändern. Dies lehnen wir ab.“ (FT, 10.12.03; SCMP, 10.12.03)

Außenminister Eugene Chien versuchte, den Ernst der Mahnungen herun-

terzuspielen: Die USA seien keinesfalls gegen eine Unabhängigkeit Taiwans, würden sie nur nicht unterstützen („does not support rather than opposes“). Tatsächlich allerdings hatte Außenamtssprecher Boucher schon vor dem Besuch von Wen Jiabao ausdrücklich gesagt: „We oppose any attempt by either side to unilaterally change the status quo in the Taiwan Straits“ (nach www.cnn.com, 1.12.03). Mit anderen Worten: Die USA wären nur dann nicht gegen eine Unabhängigkeit, wenn sie einvernehmlich mit China erfolgen würde – eine Utopie. (TT, 4.12.03)

Chas Freeman, ein früherer US-Diplomat, sah die Schuld an den Spannungen allerdings bei den USA: Bush habe mit seiner Pro-Taiwan-Politik Präsident Chen geradezu ermutigt, eine neue Verfassung und ein derartiges Plebiszit anzustreben. (SCMP, 4.12.03) Insbesondere würde eine neue Verfassung eine Unabhängigkeitserklärung implizieren, denn sie zu verabschieden, sei ein Akt der Selbstbestimmung.

Dass der Streit um das Referendum international ausufert, ist kaum wahrscheinlich. Es ist nämlich schon äußerst zweifelhaft, dass sich der Präsident in der derzeitigen Lage zu Recht auf den § 17 des Referendumsgesetzes berufen kann. Weder Anlass noch Art der Frage – soweit von Chen Shui-bian angedeutet – entsprechen den Intentionen des Gesetzgebers; das Vorhaben hält juristischer Überprüfung daher womöglich nicht stand. Es ist somit keinesfalls ausgemacht, dass die Bürger am 20. März wirklich zu einer Abstimmung über Chinas Raketen gebeten werden. Chen Shui-bians Ansinnen ist andererseits moralisch legitim, denn je mehr China Taiwan militärisch bedroht, umso mehr ändert es den Status quo einseitig zuungunsten Taiwans, und eine vom taiwanischen Souverän ergehende Aufforderung an China, auf solche Bedrohung zu verzichten, würde, wenn China der Aufforderung nachkäme, den vormaligen Status quo wiederherstellen. Insofern trifft Chens Deutung zu, wonach eine solche Volksabstimmung – eigentlich kein Referendum, sondern eine Volksresolution – den Schutz des Status quo bezwecke. Allerdings geht es in dieser Frage nicht um Moral, sondern um Macht, da-

runter auch um die Deutungshoheit – und hierin hat die werdende Groß- und Hegemonialmacht China vermutlich das letzte Wort. Die USA, mit der Terrorismusbekämpfung, dem Irak und Nordkorea ausreichend beschäftigt, können einen Krisenherd an der Taiwan-Straße derzeit gar nicht gebrauchen. Sollte es Chen tatsächlich gelingen, seinen Volksresolutionsplan umzusetzen, wird er bei der Formulierung des Abstimmungstextes allen Bedenken der USA Rechnung tragen müssen. Chen probiert mit der Referendumsidee stärker als bisher aus, wie weit er mit Taiwans Selbstbehauptung gegenüber China gehen kann, und er riskiert einiges dabei. Am Ende allerdings hat er bislang stets zurückgerudert, wenn es zu heikel zu werden drohte. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass es auch in Sachen Referendum so laufen wird.

Präsident Chen unterzeichnete das Referendumsgesetz am 31.12.03. Sein Wortlaut ist im Internet unter <http://lis.ly.gov.tw/npl/pdfaw/tw3112200301.pdf> nachzulesen. -hws-

34 DPP nominiert Präsidentschaftskandidaten

Am 10.12. nominierte die Demokratische Fortschrittspartei (DPP) Präsident Chen Shui-bian offiziell als ihren Kandidaten für die Präsidentschaftswahl am 20. März 2004. Tags darauf schlug er Vizepräsidentin Annette Lü (Lü Xiulian) erneut für die Vizepräsidentschaft vor. Anders als Chen ist Lü in der Partei umstritten – wie auch in der Öffentlichkeit. Lü polarisiert, die Offenheit, mit der sie ihre Meinung sagt, ist oft undiplomatisch. Selbst den Präsidenten hat sie schon bloßgestellt. Es war daher schon nach Alternativen für Lü gesucht worden, doch keiner der ins Gespräch Gebrachten wirkte überzeugend genug. Lü hat immerhin eine treue Anhängerschaft, die ihre Antichinatiraden zu goutieren weiß, und ist – auch in ihren Skandalen – öffentlichkeitswirksam. Für sie spricht zudem, dass sie eine Frau ist, die DPP sich also mit ihr von der Opposition mit deren rein männlichem Doppel Lien Chan und James Soong als frauenpolitisch profiliert darstellen kann. (CNAT, nach BBC PF, 10.12., 13.12.03; SCMP, 12.12.03; TT, 11.12., 12.12.03) -hws-

35 Opposition im Wahlkampf: volksnah und sauber – und mit neuem Taiwanbewusstsein?

Im Wunsche, möglichst volksnah zu erscheinen, hat der KMT-Vorsitzende und KMT-Präsidentschaftskandidat Lien Chan (Lian Zhan) im Dezember gleich eine ganze Reihe von Vorschlägen entwickelt, über strittige Fragen bzw. eigene Ziele in Form von regionalen oder nationalen Plebisziten vom Volk entscheiden zu lassen. Dazu gehören folgende:

- Soll die südtaiwanische Hafenmetropole Kaohsiung (Gaoxiang) direkte Schiffs- und Flugverbindungen zum chinesischen Festland erhalten? (CNAT, nach BBC PF, 1.12.03)
- Soll der Kreis Taipei mit der Stadt Taipei zusammengeschlossen werden? (TT, 14.12.03)
- Soll das Parlament reformiert werden bzw. wie soll es reformiert werden? (TH, 19.12.03)
- Soll das vierte Atomkraftwerk weiter gebaut werden? (TH, 19.12.03) Die Frage ist besonders erstaunlich, da die KMT den Bau befürwortet und deswegen mit der Regierung ab Herbst 2000 bereits einen monatelangen Streit ausgefochten hat, an dessen Ende die Regierung zurückstecken musste; nun jedenfalls würde sich die KMT, wie Lien Chan erklärte, einem Plebiszit darüber nicht verweigern.
- Sollen fünf mitteltaiwanische Landkreise und Städte zusammengeschlossen werden? (TT, 22.12.03)
- Soll die Reform des Erziehungswesens zurückgenommen werden? (CNAT, nach BBC PF, 28.12.03) Hier geht es unter anderem um eine Wiedereinführung der landesweit einheitlichen Universitätsaufnahmeprüfungen.
- Soll die Anhebung der Krankenkassenprämien und der Praxisgebühren zurückgenommen werden? (CNAT, nach BBC PF, 28.12.03)

Ob auch nur einer dieser Vorschläge je realisiert wird, ist völlig offen. Etliche sind zudem bedenklich, so die Fragen nach einer Rücknahme von Beitragserhöhungen: Dies könnte

leicht auf nichts anderes als eine höhere Kreditaufnahme hinauslaufen. Bedenklich auch, dass die Opposition das Mittel der Volksabstimmung einsetzen will, um Regierungsentscheidungen rückgängig zu machen. Dies würde noch mehr Politikchaos verursachen, als das Gegeneinander von Minderheitsregierung und Opposition schon jetzt zuwege bringt.

Bei einem anderen Wahlkampfthema versucht sich die KMT in Vorwärtsverteidigung: Es geht um die teils illegal oder auf dubiose Weise erworbenen immensen Vermögenswerte. Chen Shui-bian und die DPP haben hier ein leichtes Spiel, da die KMT viele Angriffsflächen und einen Hort an aufzudeckenden Skandalen bietet, die gerade jetzt im Wahlkampf genüsslich der Öffentlichkeit präsentiert werden. Meist geht es hierbei um Immobilien. Um von diesen moralischen Hypothekenlasten herunterzukommen, hat die KMT allein in den letzten Monaten auf unrechtmäßige Weise erworbene Grundstücke und anderes Vermögen im Wert von 240 Mrd. NT\$ verkauft. KMT-Kandidat Lien Chan kündigte nunmehr den Verkauf weiterer Objekte an und will zudem offen legen, was die Partei noch alles an Vermögen besitzt. Dass die KMT damit aus den negativen Schlagzeilen herauskommt, ist allerdings kaum zu erwarten. Das Skandalreservoir, das die KMT in 54 Jahren Diktatur aufhäufte, als sie frei walten und schalten konnte, dürfte die Partei und die Öffentlichkeit noch viele Jahre beschäftigen. (TT, 2.12., 21.12.03; CNAT, nach BBC PF, 18.12., 19.12.03)

Im Kampf um die politische Mitte hat sich die KMT im Dezember zudem deutlich in Richtung auf mehr Taiwanbewusstsein bewegt und damit vom Ziel einer Wiedervereinigung wenigstens nominell und deklamatorisch ein Stück weit verabschiedet. Die Frage, ob und wann Taiwan unabhängig werde, sei „vielleicht nur von unseren Kindern, von der nächsten Generation oder den nächsten Generationen zu entscheiden“, so Lien Chan am 16.12. Er ergänzte, die KMT habe keinen „Fahrplan“ in dieser Sache. Etwa gleichzeitig erklärte Wang Jin-pyng (Wang Jinping), Parlamentspräsident und KMT-Mitglied, auch Taiwans Unabhängigkeit sei eine Option für die

KMT. Die KMT habe zudem nie Chen Shui-bians Diktum abgelehnt, wonach es auf beiden Seiten der Taiwan-Straße je ein Land gebe. Noch erstaunlicher war, dass Wang erklärte, die KMT-PFP-Allianz werde nicht mehr auf dem „Konsens von 1992“ bestehen – gemeint ist die (angebliche) Übereinstimmung mit der VR China, wonach Taiwan Teil des „einen China“ ist, auch wenn beide Seiten das „eine China“ verschieden interpretieren. Dies war und ist für China die Basis für jedweden Dialog mit Taiwan. Nachdem die DPP ein solches Bekenntnis ablehnte, während die KMT dies forderte, folgt aus Wangs Äußerung, dass China auch im Falle eines Wahlsiegs des KMT-PFP-Bündnisses nicht mit einer Rückkehr zum Konsens von 1992 und mit einer raschen Wiederbelebung des eingestellten Dialogs rechnen könnte. Die Äußerungen kamen für die DPP dermaßen überraschend, dass sie Wang um eine Klarstellung bat, ob seine Bemerkungen die Position der KMT-PFP-Allianz widerspiegeln. Da sich allerdings Lien Chan überraschenderweise mit gleicher Tendenz äußerte, scheint dies wohl der Fall zu sein. Demnach müsste China, in dessen Taiwanpolitik die vom verhassten Expräsidenten Lee Teng-hui (Li Denghui) befreite KMT eine zentrale Rolle spielte, völlig neue Strategien entwickeln und womöglich die alten Forderungen nach einer Rückkehr zum Konsens von 1992 aufgeben.

Unklar ist allerdings, wie ernst es die KMT mit dieser neuen Pro-Taiwan-Und-Nicht-Mehr-Gegen-Unabhängigkeit-Linie meint. Die DPP vermutet dahinter nur ein Wahlkampfmanöver. Das mag zutreffen. Der frühere Vorsitzende des Rats für Festlandsfragen, Su Chi (Su Qi, KMT), bestätigte diese Einschätzung, als er erklärte, es gebe keine neue China-Taiwan-Politik der KMT, allerdings würde man nicht mehr von Wiedervereinigung sprechen, da man es satt habe, sich von Chen Shui-bian ein Pro-Festland-Etikett anhängen zu lassen. Es ist allerdings auch offensichtlich, dass die Taiwanisierungsbewegung – die schließlich kaum einem mehr verdankt als dem früheren KMT-Chef Lee Teng-hui – von der KMT nicht länger ignoriert werden kann und sie selbst auch längst erfasst hat. (ST,

17.12., 18.12., 20.12.03; TT, 17.12.03)
-hws-

Übersichten Online

Eine Auswahl der Übersichten dieser Zeitschrift können Sie auch **kostenlos** online lesen.

Auf der **Homepage des Instituts für Asienkunde** (www.duei.de/ifa) finden Sie unter dem Menüpunkt „Zeitschriften“ die Inhaltsverzeichnisse aller Ausgaben dieser Zeitschrift seit 1999 sowie jeweils ausgewählte Übersichten im Volltext seit Ende 2000.

Auf der **Homepage des Hamburger „Haus der Aussenwirtschaft“** (www.aussenwirtschaftszentrum.de) finden Sie unter dem Menüpunkt „Aktuelles und Analysen“ auch wirtschaftsbezogene Übersichten aus dieser Zeitschrift. Hier können Sie darüber hinaus eine gezielte Suche in der Archiv-Datenbank des „Hauses“ vornehmen.